

auf die Politik leisten kann, dann bleibt nur die Form, die Form des Sozialen. Den Inhalt, den Stoff muss sie voraussetzen, der wird ihr von anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen geliefert. Was eine solche Soziologie also leisten kann ist die Kritik dessen, was andere über die Politik der Gesellschaft zu berichten haben. In diesem Sinn erinnert uns das vorliegende Buch wieder daran, was Systemtheorie – wie andere Theorie oft auch – ist: eine Methode, letztlich sogar: Hermeneutik. Sie ist darin der „kritischen Theorie“ nahe, auch wenn sie immer etwas anderes sein wollte. Mindestens bleibt sie: Aufklärung, Aufklärung darüber, dass sich alles ändert und deshalb nichts zu ändern ist.

Thomas Hanf

*

Marianne Beisheim, Sabine Dreher, Gregor Walter, Bernd Zangl und Michael Zürn: *Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 572 Seiten. ISBN 3-7890-5834-3. Preis: DM 126,-.

„Globalisierung“ ist sicherlich eines der am meisten benutzten sozialwissenschaftlichen Modewörter der letzten Jahre zur Beschreibung des Strukturwandels gegenwärtiger Gesellschaften. Die Literatur zum Thema wird dominiert durch spekulative Überlegungen mit in der Regel geringem empirischen Gehalt, die zudem meist durch eine geringe begriffliche Schärfe in der Verwendung des Globalisierungsbegriffs gekennzeichnet ist. Das Buch von Marianne Beisheim, Sabine Dreher, Gregor Walter, Bernd Zangl und Michael Zürn bildet hierzu einen ganz ausgezeichneten Kontrapunkt. Die Studie versteht sich zum einen als ein „empirisch fundierter theoretischer Beitrag zur Globalisierungsdebatte“ (13), sie ist aber zuallererst ein sehr informationshaltiges Datenhandbuch, das Auskunft gibt über die Entwicklung recht unterschiedlicher Teilbereiche von verschiedenen, meist westlich-industrialisierten Ländern im Zeitraum 1950 bis 1995.

Die empirischen Analysen und Befunde der Autoren werden gesteuert durch eine Spezifikation des Phänomenbereichs, der untersucht werden soll. Die Autoren ersetzen zum einen den Begriff der Globalisierung durch den der Denationalisierung. Damit haben sie einen Ausgangspunkt zur Messung von Entwicklungsprozessen definiert, nämlich nationalstaatlich verfasste Gesellschaften. Unter Denationalisierung verstehen sie entsprechend Prozesse der Ausdehnung von

Interaktionen über die Grenzen des Nationalstaates hinaus. Die Autoren unterscheiden zweitens verschiedene Sachbereiche nationalstaatlich verfasster Gesellschaften – Ökonomie, Umwelt, Sicherheit, Mobilität von Personen, Kultur und Politik – und befreien sich damit aus einer in der Globalisierungsdebatte häufig vorfindbaren Beschränkung auf die Ökonomie. Schließlich definieren sie den Grad einer Denationalisierung eines Sachbereichs in Anlehnung an die Arbeiten von Karl Deutsch als relationale Größe, indem sie die grenzüberschreitenden Interaktionen in Beziehung setzen mit den binnenstaatlichen Interaktionen. So wird z.B. die Entwicklung der Auslandsreisen der Bürger eines Landes relationiert um die Entwicklung der Inlandsreisen.

Auf der Basis dieser begrifflichen Spezifikationen haben die Autoren für die Länder Kanada, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA, zum Teil auch für Japan und Mexiko, für die oben genannten Teilbereiche Indikatoren gebildet und auf der Grundlage der Auswertung einer Vielzahl unterschiedlicher statistischer Jahrbücher empirische Informationen für den Nachkriegszeitraum 1950 bis 1995 gesammelt. Das Buch besteht nun hauptsächlich aus der Präsentation der Ergebnisse dieser Recherchen in Form von Graphiken und Tabellen, die Zeitreihen der Entwicklung von Denationalisierungsindizes für verschiedene Sachgebiete und verschiedene Länder beinhalten. Die Gliederung des Buches folgt der Aufteilung nach Sachgebieten. Jedes Sachgebiet wird mit einer Erläuterung der Indikatoren und einer Darstellung der wichtigsten Ergebnisse eingeleitet. Die Autoren berichten von Prozessen der Denationalisierung der Bereiche Kommunikation und Kultur (Indikatoren: Briefverkehr, Telefongespräche, importierte Fernsehprogramme und Tonträger u.a.), des Bereichs Mobilität (Indikatoren: Zuwanderung, Arbeitsmigration, Flüchtlinge und Asylanten, Reisen u.a.), des Bereichs Sicherheit (Indikatoren: Waffenbesitz, internationaler Terrorismus und internationale Kriminalität u.a.), des Umweltbereichs (Indikatoren: Klimawandel, Ozonloch, Luft- und Wasserverschmutzung, Überfischung der Meere u.a.), der Wirtschaft (Indikatoren: Güterhandel, Handel mit Zwischenprodukten, Kapitalverkehr u.a.), der territorialen Reichweite der Politik (Indikatoren: multilaterale Verträge, Mitgliedschaften in internationalen Organisationen u.a.) und der personalen Reichweite politischer Institutionen (Indikatoren: Armutsquote, tarifvertragliche Regelung, Einwanderungsregelung u.a.). Die Beschreibung von Denationalisierungsprozessen wird ergänzt um ein etwas künstlich angehängtes Kapitel über „Verwandte Entwicklungen“, in

dem Zeitreihen über Individualisierungsprozesse und den Wandel von Werten präsentiert werden.

Welches sind die zentralen empirischen Befunde der Vielzahl an Tabellen und Grafiken? Für viele Bereiche und Länder lassen sich in der Tat in dem analysierten Zeitraum Denationalisierungsprozesse beobachten. Aber: Denationalisierung ist ein je nach Sachbereich und Land recht unterschiedlich verlaufender Prozess; es handelt sich um „einen vielfach gebrochenen, uneinheitlichen und je nach Problem und Land differenziert zu betrachtenden Prozeß“ (41). Globalisierung bzw. Denationalisierung stellt keine Entwicklung in Richtung einer Homogenisierung dar, wie dies in vielen Zeitdiagnosen häufig vermutet wird, sondern weist eine „Unordentlichkeit“ auf, die dazu anregt, nach den Ursachen für die unterschiedlichen Entwicklungspfade zu fragen. Dies zu tun, war nicht die Aufgabenstellung der Autoren. Sie haben aber mit dem von ihnen selbst als Datenkompilium beschriebenen Buch dazu eine hervorragende deskriptive Grundlage geliefert, an der die zukünftige Forschung in diesem Bereich nicht vorbei gehen sollte. Die Erwerbsmöglichkeit einer CD-ROM Version der erhobenen Daten hätte das Ganze noch abgerundet.

Jürgen Gerhards

*

George Steinmetz (Hg.): *State/Culture. State-Formation after the Cultural Turn*. Ithaca und London: Cornell University Press 1999. 433 Seiten. ISBN 0-8014-8533-9. Preis: £ 17,50.

Der vorliegende Sammelband mit dem eigenwilligen Titel *State/Culture* kann als ein Gegenentwurf zu dem 1985 erschienen Band mit dem Titel „*Bringing the State back in*“ verstanden werden (291). Hatten die Autoren des letztgenannten Buches die zentrale Bedeutung des Staates als eigenständigem Akteur und seine Nichtreduzierbarkeit auf gesellschaftliche Größen wie soziale Klassen und ökonomische Prozesse betont, so zeigt sich hier der Versuch, den Zusammenhang von Staat und Kultur im Anschluss an die „kulturelle Wende“ in den Sozialwissenschaften forschungsleitend zu thematisieren. Dabei wird sowohl die Abhängigkeit des Staates von kulturellen Hintergründen und Traditionen als auch die Formbarkeit einer Kultur durch den Staat untersucht.

Die Beiträge zu dem Band sind vier Abschnitten zugeordnet, wovon der erste verschiedene theoretische Konzepte beinhaltet, der zweite sich mit frühneuzeitlichen Staatsbildungen in Europa beschäftigt, der dritte sich auf die Verwestlichung

nichteuropäischer Staaten konzentriert und schließlich der vierte Abschnitt Aufsätze zu modernen westlichen Staaten enthält. Dabei unterscheiden sich die Aufsätze ausgesprochen stark in ihrer Perspektive auf das Verhältnis von Kultur und Staat, wie auch im Hinblick auf die Radikalität ihrer Orientierung an der „kulturellen Wende“ in den Sozialwissenschaften.

In einer Reihe der Beiträge erscheint Kultur völlig oder zumindest überwiegend als eine „abhängige“ Variable. So behauptet Pierre Bourdieu in seinem Aufsatz über Genese und Struktur des bürokratischen Feldes, dass eine der zentralen Machtressourcen des Staates in seiner Fähigkeit zur Bildung von Denkkategorien liegt, die wir spontan in den verschiedensten Bereichen des Sozialen verwenden. Auch in den eher interpretativen Beiträgen von Andrew Apter über das nigerianische Durbar und von Nader Sohrabi über politische Kultur im Iran zur Zeit der politischen Revolution von 1906 werden vor allem die Ursachen kultureller Wandlungen betrachtet. In beiden Artikeln wird den sozialen Akteuren ein relativ manipulativer Umgang mit kulturellen Traditionen unterstellt. So behauptet Sohrabi über die städtischen Zünfte im Iran: „they deliberately manipulated aspects of traditional state culture to advance their own goals“ (264). Nichtsdestotrotz zeigt sich in diesen Beiträgen auch die Sperrigkeit kultureller Traditionen gegen Umdeutungsversuche, sodass sich die Spuren früherer kultureller Einflüsse kaum gänzlich auslöschen lassen (249). Unklar bleibt allerdings letztlich die theoretische Verknüpfung zwischen kultureller Eigenlogik und dem strategischen Handeln sozialer Akteure.

Auch in dem thematisch ganz anders gelagerten Beitrag von Ann Shola Orloff über die in spezifischen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements institutionalisierten Geschlechterideologien wird kaum über die kulturellen Traditionen der am Aufbau des Sozialstaates beteiligten sozialen Akteure diskutiert, sondern lediglich über die relative Macht der meist männlich dominierten Gewerkschaften und ihre Interessen (330, 346). Insofern wird in den betrachteten Beiträgen bei der Erklärung kulturellen Wandels und der Institutionalisierung kultureller Werte auf die Machtressourcen und die Interessen sozialer Akteure fokussiert und eine relativ manipulative Haltung der Akteure im Hinblick auf die Kultur unterstellt.

In einigen Beiträgen wechseln die Autoren die Betrachtungsperspektive und untersuchen die kausale Rolle der Kultur im Staatsbildungsprozess. Auf einer relativ theoretischen Ebene versucht Julia Adams zu zeigen, dass die Grundannahmen der Theorie rationalen Handelns nicht